

In Deutschland verbreitet sich Angst vor sozialen Konflikten

Rund zwei Drittel der Teilnehmer einer Online-Umfrage von GEO.de fürchten sich vor Auseinandersetzungen infolge sozialer Ungleichheit, dicht gefolgt von der Sorge vor Arbeitslosigkeit / Drei viertel attestieren den Deutschen eine Mitnahmementalität

Hamburg, 5. Oktober 2004 – Die Befürchtung, dass Deutschland massive soziale Konflikte bevorstehen, ist offenbar in großen Teilen der Bevölkerung verbreitet. Das ist das Ergebnis einer Online-Umfrage von GEO.de, dem Online-Magazin der GEO-Zeitschriftengruppe, an der sich in der Zeit vom 17. September bis 1. Oktober 2004 mehr als 1.800 Internetnutzer beteiligt haben. Danach sagen rund zwei Drittel (65,1 Prozent) der Befragten, das Thema „soziale Konflikte in Deutschland“ bereite ihnen Sorgen. Diese Aussage wird dicht gefolgt von der Befürchtung, arbeitslos zu werden (64,1 Prozent). Mit einigem Abstand folgt die Sorge, in persönliche Finanzprobleme zu geraten (43,9 Prozent) oder zu erkranken (43,1 Prozent).

Der Aussage Kanzler Schröders, in Deutschland sei in Ost und West eine Mitnahmementalität bis weit in die Mittelschicht hinein verbreitet, stimmen drei viertel (74,2 Prozent) aller Befragten zu. Bei der Frage nach den typisch deutschen Charaktereigenschaften geben entsprechend zwei Drittel (65,3 Prozent) „auf den eigenen Vorteil bedacht“ an, rund die Hälfte (51,0 Prozent) sagt, die Deutschen seien „neidisch“. 48,0 Prozent der Teilnehmer halten die Deutschen für „pünktlich“.

Uneindeutig fällt hingegen das Ergebnis bei der Frage aus, ob Sozialhilfe-Empfänger genügend tun, um ihr Los aus eigener Kraft zu verbessern: Eine relative Mehrheit von 36,9 Prozent ist der Meinung, die Anstrengungen reichten nicht aus, da den meisten Empfängern die staatliche Unterstützung reiche. 34,9 Prozent meinen hingegen, dass die meisten Sozialhilfeempfänger wieder arbeiten möchten. 28,2 Prozent der Befragten sehen sich nicht in der Lage, diesen Sachverhalt zu beurteilen.

Trotz der kritischen Diskussion der letzten Wochen denkt eine starke Mehrheit positiv über die Wiedervereinigung: 80,0 Prozent halten sie für „im Prinzip richtig“ und freuen sich über den Fall der Mauer. Immerhin ungefähr jeder Siebte (13,7 Prozent) wünscht sich allerdings die Mauer zurück. Auf die Frage nach der Zukunft rechtsextremer Parteien in Deutschland antworten mehr als die Hälfte (55,2 Prozent), sie glaubten nicht, dass diese Gruppierungen in Zukunft eine größere politische Rolle spielen werden. 44,8 Prozent zeigen sich jedoch von einem Wiedererstarken der Rechtsextremen überzeugt.

Befragt nach den sympathischsten EU-Mitgliedsländern wählten die Teilnehmer Schweden auf Platz eins (35,9 Prozent), gefolgt von Frankreich (34,6 Prozent) und den Niederlanden (21,6 Prozent). Das Ranking der unbeliebtesten EU-Länder führt Großbritannien an (35,4 Prozent), auf Platz zwei folgt Polen (33,5 Prozent).

Das komplette Ergebnis finden Sie unter www.geo.de/umfrage-deutschland

Für Rückfragen: Frank Plümer, Leitung GEO Presse- + Öffentlichkeitsarbeit

Tel: 040/3703-3201, Fax: 040/3703-5683, E-Mail: presse@geo.de